

Feature I

Machtverschiebungen in Ostasien Chinas Welt und Europas Platz darin

Volker Stanzel

Es ist eine seltsame Koinzidenz. Seit einigen Jahren wird die Volksrepublik China von einem Mann geführt, der bestrebt ist, die bisherige Zurückhaltung des Landes in internationalen Angelegenheiten abzustreifen und sichtbar auf der Weltbühne aufzutreten. Auf der anderen Seite hat vor einigen Monaten die Mehrheit der Amerikaner einen Präsidenten gewählt, der die USA von ihrer traditionellen Rolle als Führungsmacht der Weltordnung befreien möchte. Damit erhält die Frage, wohin die internationale Ordnung sich entwickelt, einen unerwarteten neuen Akzent. Im Lauf des letzten Vierteljahrhunderts gab es auf diese Frage immer wieder neue Antworten, rasch wie die Welt sich nach dem Ende des Kalten Kriegs veränderte. Gerade für Europa ist es eine dringliche Frage, hängt es doch mehr als andere vom Funktionieren des gegenwärtigen internationalen Regelsystems ab.

Wandlungen der Weltordnung

Die bipolare Ordnung des Kalten Kriegs war brandgefährlich. Tagtäglich bedrohten Ost und West sich gegenseitig mit nuklearer Vernichtung. Stabilität entstand dadurch, dass sich die Mehrheit der Staaten hin auf einen der beiden „Pole“ orientierte, die USA und die Sowjetunion. Die mit den Vereinten Nationen 1945 geschaffene liberale internationale Ordnung versprach mit wachsender Mitgliederzahl ein zunehmendes Maß an Legitimität und mit Ausbau des internationalen Rechtssystems auch zunehmende Effektivität. Nach dem Ende des Kalten Kriegs, als der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ gekommen zu sehen glaubte, weil es keine Alternative zum liberalen Weltsystem mehr zu geben schien, waren die USA als einzige verbliebene Supermacht auch der einzige verbliebene Pol. Allerdings stellte sich heraus, dass es nun für den Rest der Welt nurmehr wenig Notwendigkeit gab, sich auf diesen Pol hin auszurichten. Das Verlangen nach Selbstbehauptung und eigenständigem Agieren, selbst mit militärischen Mitteln, stand nun neben der Anziehungskraft einer dauerhaften engen Anlehnung an die USA. Die Welt entwickelte sich zu einer multipolaren Unordnung hin. Das internationale Regelsystem schien ausreichende Stabilität als Grundlage zur Wahrnehmung nationaler Interessen zu gewährleisten. Den USA als – mit Madeleine Albright – „unverzichtbarer Macht“ blieb noch

die Rolle des „Weltpolizisten“. Einmütigkeit der internationalen Gemeinschaft, Mittel der kollektiven Sicherheit einzusetzen wie noch im August 1990 nach dem irakischen Angriff auf Kuwait, war so nicht noch ein weiteres Mal herzustellen, wie sich bereits im Falle Jugoslawiens offenbarte. Die Notwendigkeit, sich an einer wegweisenden Autorität zu orientieren, verblasste neben dem Wunsch, sich in einer durch Globalisierung und moderne Technologien komplizierter werdenden Welt national zu behaupten. Doch auch die multipolare Welt entpuppte sich als flüchtiger Moment, da die Dynamik weiter wirkte, die zur Auflösung der unipolaren Ordnung geführt hatte. Selbst eine multilaterale Organisation mit fortschreitender Kohäsion wie die EU erfuhr dies und erlitt die Auflösung in Staatengruppierungen, deren Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranging. Der Zusammenschluss neu aufsteigender großer Mächte, der BRICS – nämlich Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas – hielt nur für wenige Jahre einigermaßen zusammen, bevor die Dynamik unterschiedlich gelagerter Interessen die Gruppe nicht dem Namen nach, jedoch in der Wirklichkeit wieder auseinanderriss.

Der Prozess der Auflösung der internationalen Ordnung setzte sich so unvorhersehbar weiter fort, dass er als Krise erschien. Zudem traten staatliche und nichtstaatliche Akteure in immer größerer Zahl auf: Neben neuen Staaten und Staatenbünden waren es NGOs, international tätige Großunternehmen, aber auch internationale kriminelle und Terrororganisationen, die das Funktionieren des internationalen Systems beeinflussten oder beeinträchtigten. Staaten, die die Schwächung des internationalen Systems als Gefahr erkannten, suchten ihr Umfeld durch die Schaffung immer neuer multilateraler Institutionen zu stabilisieren. Das trifft für regionale, wie das Asian Regional Forum (ARF), oder überregionale, wie die Gruppe der finanzstärksten Staaten, die „G 20“, zu. Sie versuchten auch, neue Ordnungsstrukturen für die Welt zu schaffen, die über mehr Steuerungsinstrumente verfügen als die noch aus dem Jahr 1976 stammende Gruppe der sieben damals politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Mächte, den G 7. Vor wenigen Jahren schließlich wurde die Vorstellung einer durch zwei Supermächte neu geordneten „G 2“-Welt geboren (Zbigniew Brzezinski).

Als das zweite „G“ neben den USA gilt dabei die Volksrepublik China. Offenkundig gibt es keinen anderen Akteur mehr, der das internationale System tragen könnte – jedenfalls nicht Europa (und hierauf wird zurückzukommen sein). Deutlich genug scheint von all den neu aufsteigenden Mächten nur diese eine als potentieller Rivale oder Kooperationspartner der USA infrage zu kommen: China, das in den internationalen Medien bereits wie selbstverständlich als neue Weltmacht apostrophiert wird. Deshalb lohnt es, die chinesischen Weltordnungsvorstellungen genauer zu betrachten.

China, keine normative Macht

Bei einer solchen Betrachtung sollte nicht aus dem Auge verloren werden, wie fluide die chinesischen Vorstellungen sind. Zwar ist die Versuchung verständlich und groß,

den jeweiligen Diskussionsstand in China als Endpunkt einer Entwicklung zu sehen. Doch kann es kaum anders sein, als dass die intellektuelle Diskussion immer wieder neu die großen Umbruchprozesse spiegelt, die China seit der Gründung der Volksrepublik erlebt hat. Dieses Phänomen steht aber für ein tiefer reichendes Problem. Wenn Deng Xiaoping mit seinem Satz über die Katze zitiert wird, die Mäuse fangen soll, gleich ob sie schwarz oder weiß ist, dann soll damit gemeinhin der pragmatische Ansatz der chinesischen Politik seit Beendigung der nahezu drei Jahrzehnte ideologisch bestimmten Politik charakterisiert werden. Dieser Pragmatismus ist die Grundlage des wirtschaftlichen Entwicklungserfolgs der Volksrepublik. Zugleich hat er bislang verhindert, dass die chinesische Gesellschaft eine neue geistige Orientierung entwickelt hätte. Dies wird nicht nur von Intellektuellen beklagt, es erscheint auch der Partei als Defizit. Sie hat versucht, den Marxismus als „Sozialismus chinesischer Prägung“ zu modernisieren, hat seit Beginn des Jahrhunderts systematisch geprüft, ob die obsolette kommunistische Ideologie durch eine Religion ergänzt werden sollte, hat schließlich versucht, ethische Komponenten des Konfuzianismus wieder einzuführen. Bisher aber überwiegt noch, neben der Potemkin-Ideologie des Marxismus die materialistische Komponente des Pragmatismus – auch diese durch ein Deng-Wort beschrieben: Es ist ehrenhaft, reich zu werden. Bei dem Versuch, chinesische Ordnungsvorstellungen zu identifizieren, kann also nur auf die Praxis hinter den sich wandelnden Formeln gesehen werden. Der Gebrauch solcher richtungsweisender Slogans ist ein etabliertes Mittel der chinesischen Innenpolitik. Seine Anwendung auf die Außenpolitik spiegelt die Prärogativen der chinesischen Innenpolitik für die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Denn auch in der Phase des sowjetisch geprägten Kommunismus, während der Experimente mit einem eigenständigen chinesischen Kommunismus („Großer Sprung nach vorne“), der Kulturrevolution, der ersten Versuche mit Reform und Öffnung, der beiden Boomphasen nach dem Tiananmen-Massaker 1989 und nach dem WTO-Beitritt 2001 – immer war die Außenpolitik eine Funktion der Innenpolitik Chinas. Damit waren es auch die Vorstellungen davon, wie die Welt auszusehen hatte.

Jede chinesische Führung seit dem 19. Jahrhundert bekannte sich zum gleichen Ziel: China „reich und stark“ zu machen. Mit diesem Begriff aus dem dritten vorchristlichen Jahrhundert sollte dem Angriff der imperialistischen und kolonialistischen Mächte des Westens das Selbstbewusstsein einer alten Zivilisation entgegengestellt und zugleich die Zielsetzung der Modernisierung konkretisiert werden. Eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels gab es während über hundert Jahren fehlschlagender Modernisierungsversuche jedoch nur selten, und die außenpolitische Dimension dieser Zielsetzung blieb vage. China suchte einen ihm gemäßen Platz in der Welt; wie diese Welt aussah, war zunächst nichts als die Realität, in der China sich zurecht finden wollte. Erst mit der Gründung der Volksrepublik ging auch eine Vorstellung von einer der eigenen Ideologie entsprechenden Welt einher, und damit nicht nur der Wunsch, China zu modernisieren, sondern auch, die Welt zu revolutionieren. Zunächst, 1955, mit der Konferenz von Bandung und dem indisch-chinesischen Schulterchluss, war dies der

Gedanke der Einheit der Staaten der Dritten Welt, die die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ vertreten wollten, später war es die Unterstützung revolutionärer, oft maoistisch ausgerichteter Bewegungen überall in der Welt.

Dies änderte sich mit Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen. Mit wirtschaftlichem Erstarken wurde China zu einem Akteur mit eigenem Einflussvermögen in der globalisierten Weltwirtschaft, und damit wurden den neuen, oft im Westen ausgebildeten Experten die gedanklichen Grundlagen der regel-basierten internationalen Ordnung vertraut. Diese Ordnung war in ihren wesentlichen Grundzügen mit Schaffung der Vereinten Nationen formuliert und in den unterschiedlichen Dokumenten der UNO und ihrer Unterorganisationen fortentwickelt worden. Wie alle anderen Staaten der Welt, die nicht zu den 56 ursprünglichen Gründerstaaten der Vereinten Nationen zählten, hatte auch die Volksrepublik mit ihrer Aufnahme im Jahr 1971 diese Ordnung und ihre Regeln akzeptiert. China profitierte von der privilegierten Stellung eines Ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats der UN, profitierte vor allem auch von der Sicherheit, die die USA in Ostasien schufen, und es profitierte mit seinem Wirtschaftsaufbau von der Globalisierung und den Strukturen der internationalen Ordnung. Um deren Funktionen war es so wenig besorgt – wie sich an den gewohnheitsmäßigen chinesischen Enthaltungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zeigte –, dass die USA es angesichts ihres wachsenden internationalen Einflusses nachdrücklich aufforderten, ein „verantwortungsbewusster Teilhaber“ (responsible stakeholder) der internationalen Ordnung zu werden. Mit seinem Wirtschaftserfolg jedoch, und im Bewusstsein, nun eine jener „aufsteigenden Mächte“ zu sein, die aus dem Umfeld der großen Zahl anderer Nationen herausragten, machte China immer häufiger einen Vorbehalt geltend: Es sei an der ursprünglichen Abfassung der Regeln des internationalen Systems nicht beteiligt gewesen und wolle künftig diese Regeln mitschreiben. Nun ist ohnehin jedes Mitglied der internationalen Gemeinschaft ständig an der Erarbeitung neuer „Regeln“ beteiligt. Mit seiner grundsätzlichen Distanzierung vom internationalen Regelsystem allerdings ließ China die Möglichkeit zumindest anklingen, internationale Regeln nicht unbedingt und umstandslos zu akzeptieren. Dies geschah denn auch, sobald die Volksrepublik sich auf der Weltbühne aktiver und mit klareren Zielsetzungen zu bewegen begann.

Nachdem für die Volksrepublik China bis zum Beginn der Reform- und Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping im Jahr 1979 immer wieder auch kriegerische Mittel Instrument ihrer Außenpolitik gewesen waren, verbot sich dies seither im Zeichen des wirtschaftlichen Aufbaus. Dreißig Jahre galt die Deng zugeschriebene Instruktion, Chinas „Stärke zu verbergen und seine Zeit abzuwarten“ und sich auf Entspannung und friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn zu konzentrieren. Durch die Sogwirkung seiner Wirtschaftsentwicklung fiel ihm sehr bald auch eine regionale Ordnungsrolle zu. Schon in der letzten Phase der wirtschaftlichen Erfolge seit dem WTO-Beitritt Chinas im Jahr 2001 wurde aber die Taktik von Chinas künftiger Außenpolitik innerhalb der

Führung und in der Partei diskutiert. Ein vielbeachtetes Ergebnis einer solchen konzeptionellen Auseinandersetzung wurde schließlich der Öffentlichkeit präsentiert. Im Jahr 2006 wurde eine Fernsehserie vorgestellt, als DVD und in schriftlicher Form verbreitet. Sie hieß „Aufstieg und Fall großer Mächte“; die Filme stellten die portugiesischen, spanischen, holländischen, britischen, französischen und deutschen „Reiche“ sowie Japan, Russland und die Vereinigten Staaten dar, jeweils mit der Lektion verknüpft, dass eine aufsteigende Macht, die einen besseren Platz in der Welt für sich mit Gewalt zu erringen versucht, zum Scheitern verurteilt ist. Diese von der Parteiführung propagierte Weltansicht wurde mit der Botschaft an die internationalen Partner Chinas verknüpft, man müsse nichts von der nur „friedlichen Aufstieg“ verfolgenden Volksrepublik befürchten, es gebe heute keine „Thukydides-Fälle“ mehr, die eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen einer etablierten und einer aufsteigenden Macht als unvermeidlich annimmt. Diese taktische Ausrichtung änderte sich nach dem doppelten Erfolg der Jahre 2008 und 2009. Im Jahr 2008 konnte sich China mit den Olympischen Spielen der Welt als neue Großmacht präsentieren. 2009 gelang es dem Land, die Folgen der Weltfinanzkrise durch scharfe Kontrollen des Binnenfinanzmarktes und ein mit großen Summen finanziertes Konjunkturprogramm abzumildern und zugleich die Botschaft zu vermitteln, dass China bewusst Strategien vermieden habe, die seinen Wirtschaftspartnern, insbesondere in Ostasien, hätten zusätzlichen Schaden zufügen können. Mit dem doppelten Erfolgserlebnis wurde innerhalb der chinesischen Partei die Fraktion jener deutlich gestärkt, die die Meinung vertraten, es sei an der Zeit, sich von Dengs Instruktion zu lösen. Damit begann die Zeit der Suche nach einer neuen ordnungspolitischen Ideologie.

Nicht normativ in der internationalen Politik, handelt die Führung China dezidiert normativ nach Innen; Diskurskontrolle und Manipulation von Sprache und Denken gehören zu den wichtigsten Instrumenten der Kommunistischen Partei zur Festigung ihrer Macht. Es liegt nahe, dieses Mittel auch nach außen einzusetzen. Die der liberalen Weltordnung zugrunde liegenden Werte der Aufklärung stehen so im Widerspruch zur inneren Ordnung der Volksrepublik. Welcher Art könnte also Chinas eigene Ordnungsvorstellung sein, die es, sobald es dies für geboten erachten würde, der liberalen internationalen Ordnung entgegenstellen könnte? Die sogenannten „asiatischen Werte“, die in den neunziger Jahren von südostasiatischen Führern wie Lee Kuan Yew aus Singapur und Mahathir bin Mohamad aus Malaysia in die Diskussion in der Welt eingeführt worden waren, waren nie ein Thema für China gewesen, gerade weil es um „asiatische“, nicht um chinesische Werte ging und „Asien“ für China allenfalls einen machtpolitische, aber keine philosophische Entität ist. Ohnehin ging es in China nach dem Ende der ideologisierten Entwicklungsphase nicht darum, Ordnungsvorstellungen in ähnlicher Weise zu exportieren wie westliche Staaten dies tun, in deren Verständnis die internationale Ordnung durch die Verbreitung der Werte der Aufklärung und Demokratie an Legitimität gewinnen. Im Jahr 2010 trat mit Liu Mingfu ein pensionierter Oberst der Volksbefreiungsarmee mit einem Buch an die Öffentlichkeit, das

sehr rasch zum Bestseller wurde: *Der chinesische Traum* (Zhongguo Meng)¹. Liu gab darin Gedanken früherer Denker aus dem Umfeld der KP-Führung griffig formulierte Gestalt. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Annahme, dass ein Wettstreit um den ersten Platz in der Welt zwischen den USA und China unvermeidbar sei. China werde bald das reichste Land der Welt sein und es habe „Macht, Willen, intellektuellen und moralischen Antrieb, das gesamte internationale System in Übereinstimmung mit den eigenen Werten neu zu formen“. Nur wenn die USA die „Veröstlichung und Sinisierung“ der Welt hinnähmen, könne Krieg vermieden werden. Seine Schlussfolgerung: China muss den „Kampfgeist“ seiner Bevölkerung stärken, dann werde „Chinas Macht keine Grenze haben“.

Das Buch stellte das alte Ziel eines „reichen und starken“ China in einen globalen Rahmen. Es gelang Liu, sein konfliktorientiertes Nullsummen-Denken mit den nationalistischen Motiven zu verknüpfen, die von der KPCh seit den 1990er Jahren an die Seite der marxistischen Ideologie gestellt worden waren, um so die Legitimität der Herrschaft der Partei zu stärken. Noch etwas kam dem Konzept Liu Mingfus zugute. Es gibt in der Kommunistischen Partei Chinas die Tradition, dass ein neuer Parteigeneralsekretär ein ideologisch unterfüttertes Motto findet, das die Ziele seiner Regierung umreißen soll. Liu Mingfus „chinesischer Traum“ hatte das Glück, dass im Jahr 2010 jener Mann immer stärker in die Geschicke der Volksrepublik einzugreifen begann, der designierter Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Präsident der Volksrepublik war: Xi Jinping. Noch bevor er im Jahr 2012 den Posten des Generalsekretärs übernahm, machte er den „chinesischen Traum“ bereits zum politischen Ausdruck seiner persönlichen Vorstellungen. Er definierte ihn einfach und verständlich: China müsse seinen ihm historisch zustehenden Platz in der Welt wieder einnehmen. Ein Blick auf Chinas Geschichte als Mittelpunkt einer sinozentrischen Welt sagte jedem seiner Zuhörer, was damit gemeint war: eine hierarchisch geordnete Welt mit dem mächtigsten Staat, China, an der Spitze, dem die anderen Staaten folgen. Dies entspricht der Vorstellung der Struktur des Staats: eine hierarchische Ordnung mit der KPCh an der Spitze. Aus der Perspektive eines solch historisch gewachsenen Weltordnungsverständnisses erscheint eine Welt fremd, in der alle Staaten im Grundsatz gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Chinas Praxis

Seit Übernahme der Macht 2012 konsolidierte Xi Jinping seine Macht durch Kampagnen gegen Korruption in der Partei, innerparteiliche Gegner und die „Verwestlichung“ von Erziehung und Gesellschaft, so weit, dass von ihm schon als von Chinas neuem Mao Tsetung gesprochen wurde. Zugleich begann er, die ordnungspolitischen Vorstellungen Chinas nach außen umzusetzen. „Chinas Traum“ von seinem ihm historisch zu-

1 *The China Dream: Great Power Thinking and Strategic Posture in the Post-American Era*, Englische Übersetzung 2015

stehenden Platz, sollte nicht nur ein für seine Mitbürger bestimmtes Schlagwort sein. Bald ließ sich erahnen, wie eine Welt aussehen könnte, in der die derzeitigen – allerdings: fluiden! – Vorstellungen der Partei verwirklicht würden. Ende 2010 begann China einen Konflikt mit Japan um Inseln im Ostchinesischen Meer, zugleich trieb es die Inbesitznahme von von Peking beanspruchten Riffen und Atollen in der Südchinesischen See voran. Im Jahr 2010 wies der damalige chinesische Außenminister Yang Jieqi den gegen Chinas Verhalten in der Südchinesischen See protestierenden Anrainern den ihnen in der neuen Weltordnung zustehenden Platz zu: „Es gibt große Staaten und es gibt kleine Staaten und das ist eine Tatsache“. Das Motiv unterschiedlichen Rechts für Staaten je nach deren „Größe“ taucht seither immer wieder auf, so mit den Worten der parteieigenen außenpolitischen Tageszeitung *Global Times* nachdem Norwegen 2016 die chinesische Forderung akzeptiert hatte, China nie wieder wie durch die Verleihung des Friedensnobelpreises zu desavouieren: „Norwegen hat eine Bevölkerung von nur 4 Millionen und doch versuchte es, China, einem Land mit 1,4 Milliarden, eine Lektion beizubringen. Eine lächerliche Geschichte.“ Ähnlich im Fall der chinesischen Reaktion auf die Einladung der mongolischen Regierung an den Dalai Lama im Jahr 2016, nachdem die Mongolei schließlich den chinesischen Forderungen nachgegeben und eine Wiederholung einer solchen Einladung ausgeschlossen hatte: „Wir hoffen, dass die Mongolei sich diese Lehre zu Herzen nimmt“. So erleben bereits heute viele Staaten, welchen Platz sie in einer Welt hätten, die nach Chinas Vorstellungen gestaltet ist. Für die Nachbarn – und irgendwann auch andere Partner – Chinas würde eine so hierarchisch strukturierte Welt bedeuten, dass sie Einschränkungen jener Form von Souveränität und internationalen Koalitions- und Bewegungsfreiheit würden hinnehmen müssen, die bisher mit der Entwicklung der liberalen internationalen Ordnung einherging. Die Philippinen unter ihrem neuen Präsidenten Rodrigo Duterte haben im Jahr 2016 bereits gezeigt, was es heißen kann, sich ins Unvermeidliche fügen zu müssen: Die philippinische Regierung verzichtete darauf, auch nur rhetorisch auf der Befolgung des Schiedsspruchs des Haager Schiedsgerichtshofs durch China zu beharren, und erklärte, man werde es hinnehmen, wenn chinesische Fischer in philippinischen Gewässern Fischfang betrieben. Japan und Vietnam hingegen widersetzen sich ähnlichen Ansinnen Chinas noch; die entstehenden Reibungen erhöhen heute schon das Risiko bewaffneter Zusammenstöße.

Noch symbolkräftiger aber: Im Jahr 2016 lehnte Peking es kategorisch ab, diesen Schiedsspruch des Haager Schiedsgerichtshofs zu akzeptieren, der keine der Erhebungen im südlichen Teil der Südchinesischen See als „Inseln“ im juristischen Sinn anerkennt, und damit auch keine Ansprüche von Anrainerstaaen auf Ausschließliche Wirtschaftszonen. China ist aber Signatarstaat des Internationalen Seerechtsübereinkommens. Mit seiner Weigerung, dem Schiedsspruch zu folgen, schließt es die Anwendung internationalen Rechts aus, sofern dies zu Chinas Nachteil ist. Auf der anderen Seite zählte China zu den Staaten, die die Pariser Übereinkunft über den Klimaschutz von 2015 mit herbeiführten. Solch eine selektive Anerkennung der rechtlichen Grund-

lagen der internationalen Ordnung kennzeichnet Chinas Verhalten ganz besonders in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. So präsentierte sich Xi Jinping zwar im Januar 2017 seinen Zuhörern im Davoser Wirtschaftsforum als Verfechter von Globalisierung und Freihandel, während seinem Publikum bekannt gewesen sein dürfte, dass China für sich selbst freien Handel und die Regeln der Globalisierung nur dort zulässt, wo dies mit den wirtschaftspolitischen Vorgaben der KPCh vereinbar ist.

Im Jahr 2013 reagierte China innovativ auf eine Diskriminierung des Landes durch die Vereinigten Staaten. China wurde eine personelle Vertretung in der Asiatischen Entwicklungsbank vorenthalten, die seiner Wirtschaftskraft und Finanzkraft entsprochen hätte. China kündigte daraufhin im Oktober 2013 an, eine eigene Bank ins Leben rufen zu wollen, die „Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank“ (AIIB). Die Attraktivität dieser neuen Einrichtung war von Anfang an groß, sagte China doch Einlagen in erheblicher Höhe zu. So war die Werbung um Gründungsmitglieder nicht nur in Asien, sondern auch in Europa erfolgreich – trotz massiver Interventionen der USA gegen eine Teilnahme an diesem Bankprojekt. Eine zweite Initiative zielte noch weiter. Gleichfalls im Jahr 2013 bot Präsident Xi bei einem Besuch in Kasachstan an, dass China Investitionen tätigen würde, die zu Straßen-, Bahn- und Flughafenbau auch in Zentralasien führen würde. China wolle eine „neue Seidenstraße“ bauen. Die Summen, mit denen die Projekte über die AIIB finanziert werden sollten, waren so umfangreich, dass sie sehr rasch Fantasie und Kooperationsbereitschaft in den zu beteiligenden Ländern anregten. Die Zahl solcher Länder stieg rasch. Ursprünglich war es darum gegangen, überschüssige Kapazitäten aus dem Bausektor so außerhalb von Chinas Grenzen einzusetzen, wie das in China in den letzten Jahren zum Aufbau von Infrastruktur auch gelungen war, um damit den Übergang der chinesischen Volkswirtschaft von einer infrastrukturorientierten zu einer konsumorientierten abzufedern. Der entscheidende Erfolg lag aber in den attraktiven Aussichten einer neuen Infrastruktur quer durch Eurasien über ähnliche Maßnahmen durch Südasien und schließlich vergleichbare Unternehmungen in Südostasien auf einer „maritimen neuen Seidenstraße“ bis nach Afrika, und am Ende auch Beteiligungs-Angebote an Nord- und Südamerika. Sehr bald ging es nun um ein gewaltiges Wirtschaftsprojekt, dem Marshallplan der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ähnelnd, mit der Bezeichnung „Belt and Road Initiative“ (BRI; zuvor: „One Belt, One Road“; OBOR), mit weltweiten Auswirkungen unter chinesischer Führung: „OBOR spiegelt die gemeinsamen Ideale und das Streben der menschlichen Gesellschaften, ist eine positive Unternehmung der Suche nach neuen Modellen internationaler Kooperation und globalen Regierungsführung, und es wird dem Weltfrieden und der Entwicklung neue positive Energie zuführen.“²

2 National Development and Reform Commission / Ministry of Foreign Affairs / Ministry of Commerce of the People's Republic of China (2015): Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st-Century Maritime Silk Road, 2015/03/28 <http://en.ndrc.gov.cn/newsrelease/201503/t20150330_669367.html> (Zugriff 21. 4. 2017)

Unterdessen wird mit Blick auf den Parteitag der KPCh im Herbst 2017, von dem bedeutende machtpolitische und programmatische Entscheidungen zu erwarten sind, der „chinesische Traum“ fortentwickelt. Der neue ordnungspolitische konzeptionelle Gedanke lautet „chinesische Lösung“ (*fang'an*, 方案). Im Oktober 2016 erstmals von Präsident Xi Jinping in die Diskussion gebracht, anschließend vielfältig aufgegriffen, ist der Begriff wohl Teil des bei dem Parteitag des Herbstes 2017 zu benennenden Mottos der Herrschaft Xis. „Fang'an“ wird als chinesische Bereitschaft beschrieben, kompetente und praktische Lösungen für Probleme anzubieten, im Innern des Landes wie außen. Es ist ein pragmatischer, vielfältig verwendbarer Ansatz. Er passt dazu, dass China heute seine Teilnahme an mehr Friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen anbietet als jedes andere Land – eine „chinesische Lösung“ für ein Problem der Vereinten Nationen, die China zu finanzieren in der Lage ist (und die zugleich chinesischen Truppen zum ersten Mal seit 1978 die Möglichkeit bietet, konkrete Kampferfahrungen zu sammeln). Bei Resolutionen der Vereinten Nationen bietet China gleichfalls eigene „chinesische Lösungen“ an: Formulierungen (wie „win-win“), die den Ansatzpunkt für spätere politische Bezugnahme begründen. Sie stellen damit der bisherigen vornehmlich durch die USA und andere westliche Staaten geprägten Diskurskontrolle ein eigenes chinesisches Instrument entgegen.

Bereits unter Obama hat Xi begonnen von „einem neuen Typus der Beziehungen zwischen den großen Mächten“ zu sprechen. Wie er sich diese vorstellt, erläuterte er Obama bei seinem Treffen mit ihm in Kalifornien im Jahr 2013 mit den Worten: „Der Pazifik ist groß genug für uns beide.“ Dies war einerseits eine Warnung an Obama, der dabei war, seine Politik der „Neubalancierung“ des internationalen Engagements der USA umzusetzen; gemeint war die Verlagerung eines Großteils der Kriegsmarineeinheiten der USA aus dem Mittleren Osten nach Ostasien – also vor Xis Haustür. Damit hatte Xi sich bereits bei der Eröffnung einer asiatischen Sicherheitskonferenz in Shanghai im Jahr 2014 kritisch auseinandergesetzt, als er das Prinzip formulierte, die Länder Asiens sollten sich selbständig um ihre Sicherheit kümmern. Xis Äußerung war aber auch als Angebot zu verstehen, unter Nichtachtung zumindest der anderen Staaten im Pazifik gemeinsam eine Art von G2-Welt zu errichten. Bei solch einer Ordnung würde offenkundig die US-Seite an ihrer Ideologie von einer liberalen Weltordnung festhalten dürfen, während die chinesische als nicht-normative Macht ihre „chinesischen Lösungen“ bereithalten könnte. Hierauf ging Obama seinerzeit nicht ein. Es mag sein, dass der neue amerikanische Präsident, weit weniger mit der amerikanischen internationalistischen Tradition vertraut, Xis Anregung für einen vernünftigen Deal hält.

Diese Form der Manipulation von Sprache und Denken außerhalb Chinas stößt an Grenzen. Der „Traum“ etwa leidet als konzeptionelles Angebot für andere Kulturen darunter, nur ein Traum für Chinesen zu sein, weil er – anders als der „amerikanische Traum“ – kein Angebot an andere Völker enthält, an seinen Vorteilen teilzuhaben. Chinas größeres Problem ist jedoch, allen Anstrengungen zur Diskurskontrolle zum Trotz, noch keine effektive Softpower-Nation zu sein. Bei den jährlichen Umfragen

von BBC und dem Meinungsforschungsinstitut Pew liegt China regelmäßig auf den unteren Rangplätzen internationaler „Beliebtheit.“ China ist sich des Problems bewusst und unternimmt erhebliche Anstrengungen, dem abzuweichen. Über eintausend Konfuzius-Institute, gewöhnlich gegründet in Kofinanzierung mit gastgebenden Einrichtungen im Ausland – oft Universitäten –, vermitteln weltweit chinesische Sprache und Kultur. Im Kontext der Werbung für BRI hat China das Narrativ entwickelt, niemals in seiner Geschichte Angriffskriege geführt zu haben (in einem Spielfilm mit Jackie Chan über die Seidenstraße heißt es dementsprechend: „Andere kämpfen, wir machen Frieden“), BRI selbst wurde vor dem BRI-Gipfel im Mai 2017 weltweit über YouTube als chinesischer Ansatz zur Völkerverständigung beworben. Nach Joseph Nye – dem Begründer des Begriffs – liegt die Stärke von Softpower aber nicht in bewussten Anstrengungen von Regierungen, sondern in der „Verführungskraft“ und der daraus entstehenden Attraktivität von Nationen beziehungsweise ihrer Kultur. Die Attraktivität der BRI-Initiative liegt aber vornehmlich in ihren Finanzierungsversprechungen, nicht in eigenen Modellen, die überzeugend und zugleich erkennbar „chinesisch“ sind. Dies ist ein grundlegendes Problem des ordnungspolitischen Ansatzes „chinesischer Prägung“.

Hinzu kommt ein weiteres, das den Versuch, innenpolitische Herrschaftsmechanismen außerhalb von Chinas Grenzen einzusetzen, bisher noch wenig erfolgversprechend erscheinen lässt. Dies hängt mit der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung des Landes zusammen. Sie hat eine allem Anschein nach unausweichliche Konsequenz. Je tiefer das Land sich in die konkrete Arbeit der internationalen Institutionen einbindet, desto stärker findet es sich durch deren immanente Logik gebunden. Dies gilt in den Vereinten Nationen und ihren Organisationen, es gilt in multilateralen Institutionen und es zeigt sich deutlich im Fall der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB). Ursprünglich war sie geplant als finanzpolitisches Äquivalent zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). Diese führt bereits seit 2001 unter chinesischer Führung China mit Staaten vor allem Zentralasiens zusammen, um sich mit politischen Fragen der Region zu befassen; sie hat allerdings noch keine operativen Initiativen entwickelt. Die AIIB nun, als chinesisch dirigierte und geprägte Einrichtung gedacht, hat sich im Zuge ihrer Institutionalisierung in wenigen Jahren zu einer normalen Internationalen Finanzinstitution mit einem entsprechenden Statut gewandelt. Zwar besitzt China als größter Einleger bisher noch das größte Stimmrecht, doch ist dies, wie in vergleichbaren Institutionen, von unterschiedlichen Entwicklungen auch der Interessenslage der anderen Einleger abhängig. Das chinesische ordnungspolitische Erfolgsrezept reduziert sich letztlich bisher auf die chinesische Finanzkraft.

Früher forderten westliche Chinapolitiker, China in die Institutionen der liberalen internationalen Ordnung „einzubinden“. Heute erweist sich, dass es China selbst ist, das sich in diese Ordnung selbst einfügt, sofern ihm dies Vorteile bringt. Damit aber findet das die Regeln der liberalen Weltordnung bestimmende Denken schrittweise Eingang in Denken und Handeln der verantwortlichen chinesischen (Mit-)Träger der internationalen Institutionen und damit auch in das der chinesischen Entscheider.

Europas Ziele

Hier liegt eine große Herausforderung für Europa. Sie ist umso größer, je weniger auf die Vereinigten Staaten als Macht zu zählen ist, die ein Interesse am Erhalt der liberalen internationalen Ordnung hat. Wohl hat schon Bismarck darauf hingewiesen, dass Großmächte, sofern es in ihrem Interesse liegt und ihre Stärke ausreicht, selten zögern, sich über das internationale Recht hinwegzusetzen. Die seither vergangenen andert-halb Jahrhunderte sind jedoch die über zwei Weltkriege, Entkolonialisierung und akute Atomkriegsgefahr führende Geschichte einer quälenden, aber immer wieder fortgeführten gemeinsamen europäischen Anstrengung. Schritt für Schritt machte sie aus der mit dem Westfälischen Frieden 1648 geschaffenen und aus der mit dem Wiener Kongress 1815 entstandenen Ordnung ein internationales System größerer rechtlicher Bindung auch für Großmächte mit allmählich entstehenden Mitteln zur gemeinschaftlichen Konfliktbeilegung. Diese Entwicklung fortzuführen, liegt im Interesse des Friedens und der Entwicklung aller Staaten der Welt. Ein Rückschritt in die Zeiten der Mächtebalance würde auf Kosten der Mehrheit der Staaten gehen, und wohl auch auf Kosten von Frieden und Entwicklung.

Die Herausforderung gerade für Europa ist auch deshalb so groß, weil es hier um die Substanz des Denkens der Aufklärung geht. Diese Substanz ist der Gedanke von der Vernunft als universeller Urteilsinstanz, von der Freiheit des Einzelnen, dem das Recht zusteht, sich von kontrollierenden Mächten und Einflüssen zu emanzipieren, von Recht und Gesetz, Demokratie und Menschenrechten, die den Einzelnen schützen, und schließlich von der Übertragung liberaler Ordnung auf die internationale Welt. Die Aufklärung ist damit der Vorstellung von Diskurskontrolle, vom manipulierbaren Menschen und der manipulierbaren Gesellschaft entgegengesetzt – aber, um mit Jürgen Habermas zu sprechen – als „unvollendetes Projekt“ ständig auch durch sie gefährdet.

Die Frage, wo Europa seinen Platz im chinesischen ordnungspolitischen Denken hat, ist selbstverständlich am Ende keine Frage eines interessanten philosophischen Diskurses. Es ist eine Machtfrage, so wie auch die liberale internationale Ordnung durch Machteinsatz zustande gekommen ist. Heute heißt diese Frage für Europa, ob es zu jenem Denken steht, das Europa weltpolitisch nach den Jahrhunderten von Kolonialismus und Imperialismus ausmacht: dem Denken der Aufklärung. Praktische Politik verlangt immer wieder Nachgeben, Kompromisse, selbst „Einknicken“: ob gegenüber Erdogan oder, wie im Falle Norwegens, gegenüber China. Dieses Nachgeben geht immer auf Kosten von Individuen, die in vielen Fällen kaum erträglich leiden. Damit geht es auch auf Kosten von Werten. Deshalb muss das Nachgeben Grenzen haben. In jüngerer Zeit gibt es einen neuen Wächter für solche Grenzen. Das ist die Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft ist in der Gestalt, die sie heute besitzt, neu. Sie stellt eine Plattform tendenziell unbegrenzter Öffentlichkeit dar, vernetzt sich und wird vernetzt, sie bestimmt ihre eigenen Identitäten und die ihrer Teilhaber neu, sie korreliert in vielerlei Hinsicht und ist emotional unterfüttert: positiv, wenn sie die Ziele einer emanzipatori-

schen Gesellschaft vorantreibt, negativ, wenn sie sie unterminiert. Ein Beispiel dafür, wie problematisch dies sein kann, ist die Bewegung, die sich gegen TTIP entwickelt hat: freie Bürger stellen sich gegen die Fortentwicklung unserer liberalen Ordnung, die mehr, aber auch weniger Freiheit bedeuten könnte. Grundsätzlich entspricht diese zivilgesellschaftliche Tätigkeit, ambivalent wie sie ist, dem emanzipatorischen Ideal der Aufklärung. Europäische Politik sollte daher mit den Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenwirken, wie dies erfolgreich bei der Pariser Klimakonferenz geschehen ist, auch als ein Beispiel für Lösungen, die sich für Probleme in nicht-traditioneller Weise finden lassen.

So würde Europa seinen Platz in der Welt selbst definieren. Noch den Kalten Krieg überlebte Europa in einer weltpolitischen Nische. Seit dem Ende des Kalten Kriegs sucht es, wie andere Staaten und Staatengemeinschaften auch, seine neue und künftige Rolle in einem sich wandelnden internationalen System. Mit Hilfe der Zivilgesellschaft könnte es diese Rolle selbstbestimmt begründen und damit Geopolitik, Macht und Herrschaft neu definieren. Solch entschlossenes Eintreten für die bestehende internationale Ordnung und für ihre Fortentwicklung entspräche nicht nur den engen Interessen Europas (oder auch der USA, egal unter welchem Präsidenten). Es würde auch die Möglichkeit stärken, dass die Volksrepublik China mit ihrer fluiden Form der Entwicklungsordnungspolitischen Vorstellungen sich auch in Zukunft den Werten der Aufklärung und ihrer Umsetzung in der praktischen Politik weiter so annähert, wie das in den letzten drei Jahrzehnten der Fall gewesen ist.

Volker Stanzel, ehem. dt. Botschafter in Japan und China, arbeitet heute an der FU Berlin sowie in der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin. Vorstandsmitglied des Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreises und des Akademischen Konfuzius-Instituts der Universität Göttingen, Council Member und Senior Advisor des European Council on Foreign Relations; Senior Advisor des German Marshall Fund of the United States.

Promovierte 1982 in Japanologie, Sinologie und Politischer Wissenschaft in Köln, Studium in Frankfurt und Kyoto. Deutscher Auswärtiger Dienst (AA) 1979-2013: Asienbeauftragter des AA 2001/02, Politischer Abteilungsleiter im AA 2002-04, Botschafter in China 2004-07, Politischer Direktor des AA 2007-09, Botschafter in Japan 2009-13. 2014 Visiting Professor am Claremont McKenna College, Claremont, und an der University of California Santa Cruz. Zahlreiche Publikationen zu ostasienkundlichen und politikwissenschaftlichen Themen, siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Volker_Stanzel.